

# Fracking in den USA : Damoklesschwert für Saudi-Arabien?

Autor(en): **Matzken, Heino**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **181 (2015)**

Heft 7

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-583168>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Fracking in den USA: Damoklesschwert für Saudi-Arabien?

**Die USA sind seit vielen Jahren der wichtigste Verbündete des Königreichs Saudi-Arabien und der Garant seiner Sicherheit; im Gegenzug stellte Saudi-Arabien die Lieferung der notwendigen Ölmengen sicher. Dank Fracking sind die USA zum grössten Öl- und Gasproduzent geworden, weit weniger abhängig vom arabischen Öl. Das Gleichgewicht in der Region ist gefährdet.**

Heino Matzken

Historisch aber nicht für die Ewigkeit sollte das Treffen Präsident Roosevelt mit Abd al-Azis Ibn Saud auf der USS Quincy im Februar 1945 werden. Damals verpflichtete sich die neue Weltmacht Amerika, die Sicherheit des neuen Wüstenprinzen Al-Saud in Zukunft zu garantieren – nach aussen sowie nach innen. Als Gegenleistung versprach das saudische Königreich eine problemlose, konstante und kalkulierbare Ölversorgung der USA und der westlichen Welt. Trotzdem stieg der Preis, besonders nach dem Jom-Kipur-Krieg 1973, auf teilweise weit über 100 US \$ pro Barrel (159 Liter). Heute jedoch liegt der Ölpreis bei unter 50 US \$, ein fast schon historisches «Tief». Für westliche Verbraucher an den Tankstellen ein Segen, für die Stabilität des Nahen Ostens aber möglicherweise eine grosse Gefahr. Die Nachfrage nach dem schwarzen Gold ist nicht gesunken. Im Gegenteil, die kommende Supermacht China und andere Schwellenländer sorgen für einen fast unstillbaren Bedarf. Aber das Angebot ist ebenfalls gestiegen. Besonders das in den Vereinigten Staaten populäre Fracking droht das Gleichgewicht und die Beständigkeit des Ölmarktes zu verändern. Das vor 70 Jahren im Suez-Kanal geschlossene geostrategische Band zwischen Riad und Washington droht nun wegen des möglichen Interessenverlustes der USA zu zerbrechen. Der grösste Erdölproduzent und -Exporteur Saudi-Arabien sieht sich schon jetzt wachsenden Problemen und sinkender Unterstützung durch die USA gegenüber. Die einzige Weltmacht und vermeintlicher Garant der Stabilität am Golf verschiebt seinen geostrategischen Schwerpunkt vom Nahen in den Fernen Osten – «Pivot to Asia» ist in aller Munde. Und Schuld scheinen weder der Islamische Staat (IS) noch die lang beschwo-

rene «Energiewende» zu sein, sondern moderne Fördermethoden.

## Vom Beduinenreich zur Geldmacht

Seit der Staatsgründung 1932 und dank des fast unerschöpflichen schwarzen Goldes entwickelte sich Saudi-Arabien vom sandigen Beduinenreich zur milliarden-schweren Regionalmacht am Golf. Mit einem gut gefüllten Bankkonto und der

saudischen Interessen deckten sich lange mit den amerikanischen. Doch das Verhältnis zwischen der westlichen Weltmacht und dem derzeit einzigen «swing producer» (ein Ölproduzent, der aufgrund seiner Förder- und Lagerkapazitäten seine Produktionsquote ohne Mehrkosten schnell variieren kann) scheint sich zu verändern – nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet.

Im Kampf um die regionale Vormachtstellung in der Golfregion konnte Riad lange auf Washingtons geteilter Abneigung des Irans vertrauen. Doch jahrelang verhandelten die fünf UN-Veto-Mächte und Deutschland mit Teheran über dessen «ziviles» Atomprogramm und kamen im April zu einem «historischen Schritt», so US-Präsident Obama. Durch den Wegfall der westlichen Sanktionen und der garantierten Fortführung des «zivilen» iranischen Nuklearprogramms sprechen Kritiker von einem Verhandlungserfolg Teherans. Die Stimmung besonders in Israel, aber auch in Riad, sank auf den Nullpunkt. 2013 verzichtete das Land am Golf aus Protest gegen die Unfähigkeit, Probleme im Nahen Osten zu lösen, auf einen Sitz als nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat – ein Novum in der Geschichte der Vereinten Nationen. Der Verhandlungserfolg Irans um sein Atomprogramm könnte neben dem internationalen Prestigegewinn auch Auswirkungen auf die schiitischen Bevölkerungsteile in der gesamten Region haben. Diese könnten selbstbewusster auftreten und mehr politische Mitsprache fordern. Während der Iran, Irak, Bahrein,



Entwicklung des Rohölpreises.

Grafik: TECSON

US-amerikanischen 5. Flotte als Rücken-deckung umschiffte die Dynastie Saud diverse Schwierigkeiten. Besonders externe Bedrohungen durch den schiitischen Erzfeind Iran, den irakischen Diktator Saddam Hussein und ganz aktuell durch das Kalifat Al-Baghdadis wussten US-amerikanische Truppen frühzeitig zu eliminieren – nicht immer zur Freude der wahhabitischen geistlichen Führung in Riad. Die



Aserbeidschan und der Libanon über eine schiitische Bevölkerungsmehrheit verfügen, ist auch die Minderheit von 10 bis 15 Prozent in Saudi-Arabien nicht zu vernachlässigen. Diese leben vorwiegend im östlichen Osten des Landes. Proteste während des «Arabischen Frühlings» Anfang 2011 beunruhigten die saudischen Sicherheitskräfte. Doch ein Übergreifen der «Jasmin-Revolution» auf das Wüstenreich verhinderte König Abdullah geschickt durch umfangreiche Sozialmassnahmen, die in Zeiten knapper Kassen in Europa ihresgleichen suchen. Die Familie Al-Saud bezieht ihre Legitimität seit Jahrzehnten aus einem inoffiziellen «Gesellschaftsvertrag». Danach verteilt sie die Öleinnahmen des Landes geschickt unter ihren Untertanen – eine Strategie, die auch Gaddafi lange an der Macht hielt. Das Herrscherhaus garantiert so den wirtschaftlichen Wohlstand und die soziale Sicherheit seiner Bevölkerung und erstickt Unmut-Äusserungen mit «Brot». Der öffentliche Dienst beschäftigt zahlreiche Bürger, Kraftstoff sowie Lebensmittel sind subventioniert und staatlicher Wohnungsbau hält die Mietpreise niedrig. Im März 2011 kündigte der damalige König Abdullah Sozialprogramme in Höhe von 36 Milliarden Dollar, vor allem im Wohnungsbau, an.

## Konstant hoher Ölpreis als Voraussetzung

Um die Kosten dieser Steuerfunktion des Staates zu tragen, ist Riad von hohen und vor allem stabilen Öleinnahmen abhängig. Umso wichtiger ist also der ununterbrochene Geldfluss dank des schwarzen Goldes. Während der Barrel-Preis jahrelang konstant über 100 Dollar lag, ist er innerhalb eines Zeitraumes von sechs Monaten im Januar 2015 auf unter 50 Dollar gesunken. Trotz «Erdöl-verknappenden Krisen», wie der Krieg im Irak oder der Konflikt in der Ukraine, überraschte diese negative Preisentwicklung die OPEC (Organisation erdölexportierender Länder). Ursache dafür ist unter anderem die steigende Produktion von Schiefergas und -öl in der Welt, aber vor allem in den Vereinigten Staaten. Während die USA folglich mehr und mehr ihre heimischen Quellen nutzen, hat sich die Exportrichtung des Golf-Öls nach Osten verschoben. 2012 gingen lediglich knappe 15 Prozent des saudischen Öls in die Vereinigten Staaten aber bereits 54 Prozent nach Ostasien. Damit ist der Ölimport aus der Golfre-

gion für Washington nicht mehr von gleicher vitaler Bedeutung wie noch vor 30 Jahren. Ob bei dieser Tendenz die Verpflichtungen seitens der USA aus dem 1945 geschlossenen Pakt: «Öl gegen Sicherheit» auch in Zukunft aufrechterhalten werden, bleibt abzuwarten. Dank der



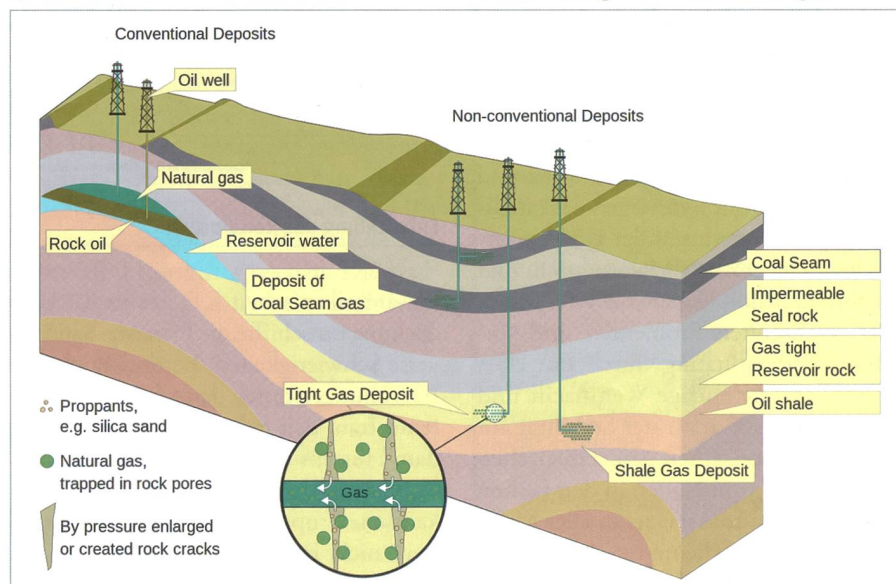
Schiefergasbohrung in der Pinedale-Antiklinale im US-Bundesstaat Wyoming.

Bild: Wikipedia

«Schieferrevolution» gelang es verschiedenen Ländern heimisches, nicht konventionelles Öl und Gas (vor allem Tight Oil und Schiefergas) zu fördern. Besonders die USA entwickeln sich seither vom Energieimporteur zum Exporteur. Seit 2013 ist Amerika der grösste Energieproduzent der Welt. Die Importe von Erdgas sanken in fünf Jahren um 40%, bei verflüssigtem Gas sogar um 90%. Auf der anderen Seite sind die Fördermethoden, wie z. B. das «Hydraulic Fracturing» (von englisch «to fracture», aufbrechen) besser bekannt unter «Fracking», nicht unumstritten. Es handelt sich um eine Methode zur Erzeugung

von Rissen im Gestein einer Gas- oder Öllagerstätte im tiefen Untergrund. Dadurch können die darin befindlichen Gase oder Flüssigkeiten leichter zur Bohrung fliessen und gewonnen werden. Dabei wird die sogenannte Fracking-Flüssigkeit, der man chemische Zusätze wie Biozide und Stützmittel, wie Quarzsand, beimengt, unter hohem Druck in das Gestein gepresst. Die Gefahr der Verunreinigung des Grundwassers ist nicht von der Hand zu weisen. Trotzdem verstärkten die USA ab etwa dem Jahr 2000 mittels dieser Technologie die Förderung des sogenannten «Schiefergases». Nach enormen Investitionen entwickelte sich North Dakota so zum Ölstaat Nummer zwei der USA – gleich nach Texas und noch vor Kalifornien. Mitte 2014 förderte Amerika mit 11 Millionen Barrel pro Tag genauso viel Öl wie der bisherige Spitzenreiter Saudi-Arabien. Im August erfolgte dann der erste Ölexport seit 40 Jahren – übrigens nach Südkorea («Pivot to Asia!»). Durch die stark steigende eigene Öl- und Gasproduktion könnten die USA in 15 Jahren unabhängig von tendenziell «amerikafeindlichen» Öllieferanten wie Russland, Venezuela oder Iran, aber auch von «Freunden» wie Saudi-Arabien, sein. Washington könnte diese Länder, deren Wirtschaften vom eigenen Energieexport abhängen, so schwächen und seinen geostrategischen Schwerpunkt gefahrlos Richtung Pazifik und China verschieben. Jedoch verändert die Fördermethode den Energiemarkt erheblich – auch zum Leidwesen der USA. So sorgte das «Fracking» für ein Erdgas-Überangebot mit dem ent-

Konventionelle und unkonventionelle Öl- und Gasförderung. Bild: Schema MagentaGreen





sprechenden Preisverfall auf dem US-Markt. Die Rentabilität des Verfahrens im Vergleich zum billigen «Saudi-Öl» liess zu wünschen übrig. Und als sich der Preis innerhalb des letzten Jahres mit unter 50 Dollar pro Barrel mehr als halbierte, schien die revolutionäre Fördermethode in den USA vor dem «Aus». In der Golfregion befinden sich weiterhin die grössten fossilen Reserven und die Förderkosten sind dort besonders günstig. Durch Saudi Arabiens Eigenschaft als «swing producer» sieht sich das saudische Herrscherhaus ausserdem in der Lage, Förderausfälle anderer Exporteure, z. B. im Kriegsfall, auszugleichen. Eine Fähigkeit, welche besonders die USA in den letzten Jahrzehnten sehr zu schätzen wusste.

### Dringend notwendige Stabilität

Eine völlige Abkehr der Weltmacht aus der Golfregion ist daher trotz der «Pivot to Asia»-Verschiebung der Regierung Obama vorerst nicht zu erwarten. Und das ist gut so, denn die Region braucht nichts dringender als Stabilität. Auch der Thronwechsel im Hause Saud verspricht keine nennenswerte Verbesserung. Als Ende Januar der 91-jährige König Abdullah, der als vorsichtiger Reformator galt, starb, folgte ihm sein Halbbruder und Kronprinz Salman auf den Thron. Der 79-jährige ehemalige Verteidigungsminister gilt ebenfalls als gesundheitlich angeschlagen. Darüber hinaus tobt der Kampf um die Vormachtstellung am Golf zwischen Riad und Teheran derzeit auf Nebenkriegsschauplätzen. Während Saudi-Arabien die schiitischen Demonstrationen in Bahrain auf Anfrage des sunnitischen Herrscherhauses im März 2011 militärisch regelte, zeigt sich heute besonders die Südgrenze unruhig. Im benachbarten Jemen sind seit Monaten die schiitischen Houthi-Rebellen auf dem Vormarsch. Riad wirft Teheran die geheime Finanzierung der Offensive vor. Seit Ende März führt König Salman eine arabische Koalition an, die mit Luftangriffen die Houthi-Offensive zu stoppen sucht. Auch Washington unterstützt mit logistischer Hilfe sowie Luftbetankung. Saudi-Arabien verkündete nun das Ende der Militäroperation «Sturm der Entschlossenheit», wohl auch auf Druck der USA. Denn nicht zuletzt wegen einer konfusen Strategie wurden Ziele verfehlt und die Aufständischen verloren kaum Territorium. Die neue, erneut schiitische Regierung im nördlichen Nachbarland Irak könnte Teherans Position ebenfalls

stärken. Daher käme König Salman ein Sturz des durch den Iran gestützten Präsidenten Assad in Syrien sehr gelegen. Gleichzeitig verliert die Familie Saud den Kampf gegen die schiitisch-libanesischen Terrororganisation Hisbollah – vom Iran massgeblich unterstützt – nicht aus den Augen. So kündigte die Regierung letztes



USS John C. Stennis (CVN 74), ein Flugzeugträger der 5. US-Flotte.

Bild: defense.gov

Jahr den Kauf von französischen Waffen im Wert von drei Milliarden Dollar für die libanesischen Armee an. Waffen, die im innerlibanesischen Kampf gegen die hervorragend vernetzte und ausgerüstete «Partei Gottes» mehr als nötig sind.

In eine ähnliche Richtung geht das Angebot an Kairo, Zahlungen für russische Waffenlieferungen zu übernehmen. Nachdem die USA die Militärhilfen für den langjährigen Partner am Nil reduzierten, könnte nun Saudi-Arabien die finanzielle Lücke schliessen. Eine stabile Regierung in Kairo ist besonders im Kampf gegen Islamistengruppen auf der Sinai-Halbinsel von grösster Bedeutung.

### Teure sicherheitspolitische Massnahmen

Doch all diese Massnahmen kosten Geld, welches wiederum nur die ausreichende und ungestörte Förderung des schwarzen Goldes garantieren kann. Bescheidene interne Einsparversuche im Wüstenstaat sind aufgrund von Bevölkerungsanstieg, wachsender petrochemischer Industrie, Nachfrage nach Klimaanlagen und stromintensiver Wasserentsalzung kaum zu erwarten. Um mehr Erdöl für den Export «abzuzweigen», beabsichtigt Saudi-Arabien daher in den kommenden 20 Jahren bis zu 16 Atomkraftwerke zu bauen.

Die sicherheitspolitische Abhängigkeit von der Weltmacht USA bleibt trotz al-

lem vorerst bestehen. Obwohl die amerikanische Militärpräsenz mit 120 000 Soldaten nach der Reaktion auf Husseins Invasion Kuwaits 2003 verschwunden ist, behält Washington weiter einen starken «footprint» in der Region. 2013 waren noch 26 000 GI in den Mitgliedstaaten des Golfkooperationsrates stationiert.

Die 5. US-Flotte mit ihrem Hauptquartier in Bahrain garantiert mit fast 40 Schiffen die Sicherheit der Seewege im Golf und vor allem die Strasse von Hormus. Eine Aufgabe, die sie in Zukunft nur aufrechterhalten wird, wenn das geostrategische Interesse bestehen bleibt. Trotz des mit 67 Milliarden Dollar (in 2013) weltweit viertgrössten Verteidigungsetats und Investitionen in modernstes, westliches militärisches Gerät, traut wohl niemand der saudischen Armee zu, dieser Aufgabe ohne starke Verbündete gewachsen zu sein. Sicher ist, dass China, obwohl einer der grössten Abnehmer des fossilen Brennstoffes, diese Rolle weder übernehmen will, noch kann. Auch die Europäische Union, zwar ebenso an Erdöl und an freien Seewegen interessiert, ist nicht in der Lage, eine derartige Garantiefunktion zu übernehmen. Trotz der «Gemeinsamen Maritimen Sicherheitsstrategie» von 2014 fehlen dazu die nötigen militärischen, aber auch finanziellen Mittel.

So bleibt für die Region zu hoffen, dass der «Weltpolizist» USA trotz Fracking, das wie ein Damoklesschwert über der Arabischen Halbinsel schwebt, und damit verbundener ausreichender eigener Ressourcen nicht das Interesse an der Golfregion verliert. Nach zerfallenden Staaten wie Syrien, Libyen und dem Terror des IS, kann sich die Weltgemeinschaft ein Übergreifen der Krise auf Saudi-Arabien und so weiter wachsender Instabilität nicht erlauben! ■



OTL im Generalstab  
Heino Matzken  
Diplom Informatiker  
Deutscher VtdgAttaché  
in Belgien  
1150 Woluwe St Pierre